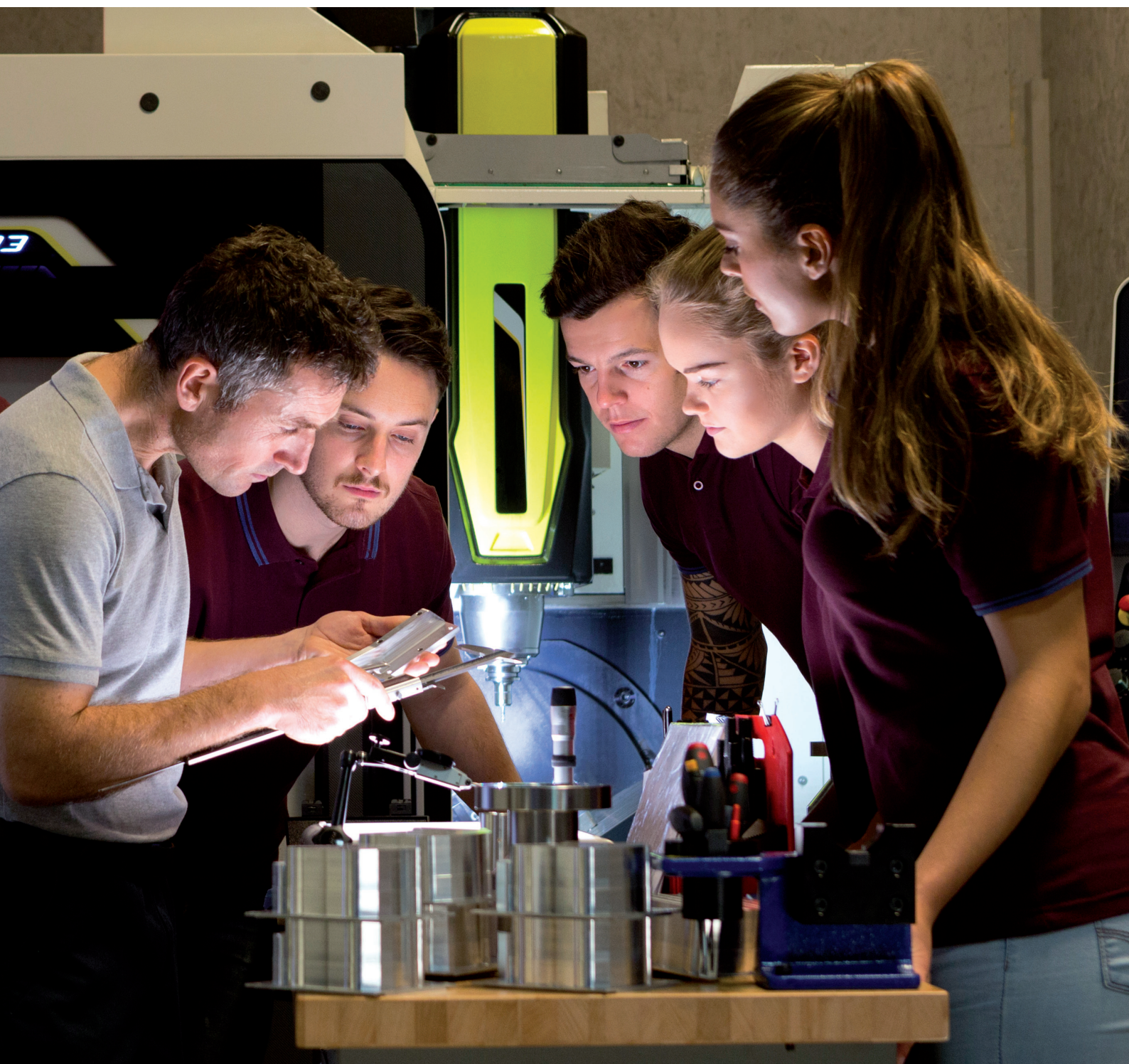




Stiftung
Familienunternehmen

Starker Rückhalt für Familienunternehmen

Eine Repräsentativbefragung der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahre



Impressum

Herausgeber:



Stiftung Familienunternehmen

Prinzregentenstraße 50

80538 München

Telefon: +49 (0) 89 / 12 76 400 02

E-Mail: info@familienunternehmen.de

www.familienunternehmen.de

Erstellt von:

IfD Allensbach

Institut für Demoskopie Allensbach

Institut für Demoskopie Allensbach

Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung mit beschränkter Haftung

Radolfzeller Straße 8

78476 Allensbach

Michael Sommer (Projektleiter, IfD Allensbach)

© Stiftung Familienunternehmen, München 2025

Titelbild: SolStock | iStock

Abdruck und Auszug mit Quellenangabe

Zitat (Vollbeleg):

Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.): Starker Rückhalt für Familienunternehmen – Eine Repräsentativbefragung der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahre, erstellt vom Institut für Demoskopie Allensbach, München 2025, www.familienunternehmen.de

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.....	V
Einleitung	VII
A. Fehlstart: Der Bevölkerung fehlt das Zutrauen in die neue Regierung	1
B. Zweifel an der Wettbewerbsfähigkeit.....	7
C. Nach wie vor viel Vertrauen in Familienunternehmen	11
D. Fazit.....	23
E. Anhang	25
I. Untersuchungsdaten.....	25
II. Statistik der befragten Personengruppe	26
III. Fragebogenauszug mit Anlagen	28
Abbildungsverzeichnis	37

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Die Stimmung im Land ist gedämpft. Die neue Bundesregierung erhält aus Sicht der Bevölkerung derzeit nur die Note „ausreichend“ (4,1). Selbst unter den Anhängern der Regierungsparteien überwiegt eine kritische Einschätzung.
- **Hohe Erwartungen, wenig Vertrauen:** Die Bürgerinnen und Bürger erwarten viel: Als besonders dringlich gelten die Sicherung der Renten, die Bekämpfung der Inflation sowie bezahlbarer Wohnraum. Gleichzeitig ist das Vertrauen, dass die Regierung auf diesen Feldern Fortschritte erzielt, gering. Am meisten Zutrauen erhält sie in den Bereichen Bundeswehr und Zuwanderung – doch auch hier überwiegt die Skepsis.
- **Sorge um Wettbewerbsfähigkeit:** Das Vertrauen in die Stärke der deutschen Wirtschaft schwindet. 54 Prozent zweifeln an der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Als wichtigste Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gelten Bürokratieabbau, Bildung und Forschung, Digitalisierung und die Entlastung der Unternehmen von Energiekosten.
- **Mehr Markt, weniger Staat:** Eine klare Mehrheit spricht sich für weniger staatliche Eingriffe aus. Der Staat solle Regeln setzen, sich aber ansonsten weitgehend aus der Wirtschaft heraushalten.
- **Familienunternehmen bleiben Vertrauensanker:** Wenn es um die Sicherung von Wohlstand und Arbeitsplätzen geht, liegt das Vertrauen eindeutig beim Mittelstand bzw. den Familienunternehmen: 77 Prozent trauen am ehesten Familienunternehmen zu, Wohlstand und Arbeitsplätze in der Region zu sichern. Große Konzerne in Streubesitz, Start-ups oder staatliche Betriebe schneiden deutlich schwächer ab.
- **Unternehmerbild – Familienunternehmen vorn:** Während die Beurteilung der deutschen Unternehmen insgesamt aktuell deutlich kritischer ausfällt als im Vorjahr, genießen Familienunternehmen weiterhin hohes Ansehen. Sie gelten als Garanten für die Sicherheit von Arbeitsplätzen, traditionsbewusst, langfristig denkend und gut geführt. Das positive Gesamtbild ist stabil – und der Anteil positiver Zuschreibungen liegt klar über dem von Unternehmen allgemein.
- **Stabil hohe Bedeutung von Familienunternehmen:** Fast neun von zehn Bürgerinnen und Bürgern halten Familienunternehmen für wichtig oder sehr wichtig für die deutsche Wirtschaft. Das Interesse, dort zu arbeiten, bleibt hoch. Gleichzeitig ist die Zustimmung zur Aussage, Familienunternehmer sollten nicht stärker besteuert werden, deutlich angestiegen.

Einleitung

Auch wenn die Bevölkerung die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bereits seit rund drei Jahren mit großer Sorge verfolgt, hat sich das Urteil in den vergangenen 12 Monaten noch einmal deutlich verändert: Zeigte sich die Mehrheit der Bevölkerung lange Zeit zwar besorgt, aber nicht persönlich von der Krise betroffen, ändert sich seit einigen Monaten diese Einschätzung. Der Kreis derer, die sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen, wird größer, die Diskussionen um den Stellenabbau bei deutschen Unternehmen verunsichert weite Teile der Bevölkerung. Hinzu kommt, dass der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung trotz Regierungswechsels bislang ausblieb. Vor diesem Hintergrund beauftragte die Stiftung Familienunternehmen das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer repräsentativen Befragung der deutschen Bevölkerung. Die aktuelle Untersuchung knüpft in Teilen an eine Untersuchung an, die das Allensbacher Institut im Vorjahr für die Stiftung Familienunternehmen durchgeführt hatte. Erneut steht das Bild von Familienunternehmen im Mittelpunkt der Untersuchung. Ergänzt wird die Untersuchung um Fragen zum Meinungsbild über die neue Regierung, zur politischen Agenda der Bevölkerung und zur Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.044 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Interviews wurden zwischen dem 26. September und 10. Oktober 2025 mündlich-persönlich (face-to-face) durchgeführt. Die Untersuchungsdaten, die Zusammensetzung der Stichprobe und der Fragebogen sind im Anhang dokumentiert. Den vorliegenden Kommentarband ergänzt ein Tabellenband, der alle Ergebnisse untergliedert nach zahlreichen soziodemografischen und analytischen Untergruppen dokumentiert.

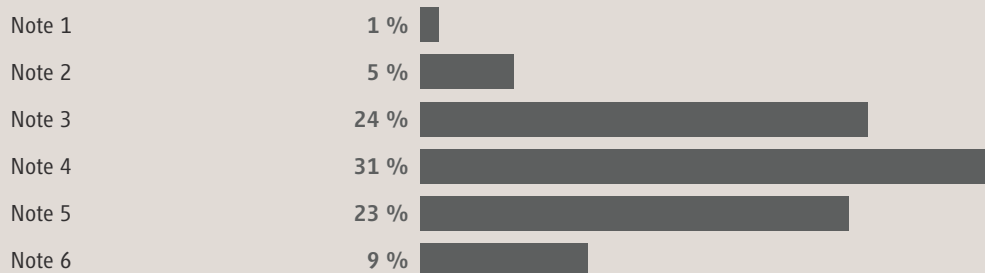
A. Fehlstart: Der Bevölkerung fehlt das Zutrauen in die neue Regierung

Der Start der neuen Bundesregierung kann getrost als Fehlstart gewertet werden: Nur 6 Prozent der Bevölkerung geben der Regierung für ihre bisherige Arbeit eine gute oder sehr gute Note, jeder Dritte hingegen die Schulnoten 5 oder 6. Rund jeder Vierte gibt der Regierung die Note 3, knapp jeder Dritte eine Vier. Im Schnitt kommt die neue Bundesregierung auf einen Notenschnitt von 4,1. Schülern würde ein solcher Notendurchschnitt im Halbjahreszeugnis den Vermerk versetzungsgefährdet einbringen – ein Hinweis darauf, dass sie ihre Leistungen bis zum Ende des Schuljahres deutlich verbessern sollten.

Abbildung 1: *Fehlstart: Regierung erhält nur die Note ausreichend*

Frage: „Wie bewerten Sie den Start der neuen Bundesregierung: Welche Schulnote von 1, sehr gut, bis 6, ungenügend, würden Sie ihr bislang geben?“

Es bewerten den Start der neuen Bundesregierung mit –



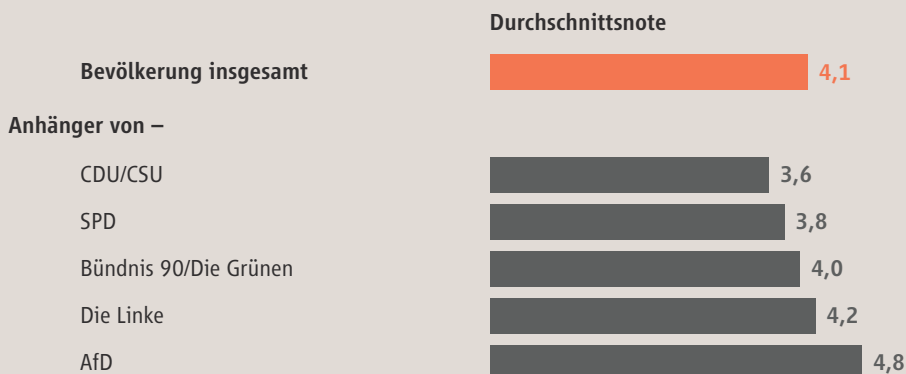
Notendurchschnitt: 4,1

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13009.

Auch die Anhänger der Regierungsparteien sind nicht überzeugt von den bisher erbrachten Leistungen der neuen Bundesregierung: Von den Unionsanhängern geben nur 9 Prozent der Bundesregierung für ihre bisherige Arbeit eine gute oder sehr gute Note, von den SPD-Anhängern sogar nur 4 Prozent. 16 Prozent der Anhänger von CDU/CSU und 19 Prozent der SPD-Anhänger geben der Regierung hingegen die Noten 5 oder 6. Diese Bilanz ziehen zudem 25 Prozent der Grünen-Anhänger, 34 Prozent der Anhänger der Linken sowie 68 Prozent der AfD-Anhänger. Bei diesen fällt das Urteil erwartungsgemäß auch insgesamt am schlechtesten aus: Im Durchschnitt erhält die Bundesregierung von den AfD-Anhängern die Note 4,8. Die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen sowie von der Linken vergeben im Schnitt die Noten 4,0 bzw. 4,2, die Anhänger der CDU/CSU eine 3,6 und die SPD-Anhänger die Durchschnittsnote 3,8.

Abbildung 2: Auch die Anhänger der Regierungsparteien ziehen bislang eine eher durchschnittliche Bilanz

Frage: „Wie bewerten Sie den Start der neuen Bundesregierung: Welche Schulnote von 1, sehr gut, bis 6, ungenügend, würden Sie ihr bislang geben?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13009.

Wie groß die Erwartungshaltung der Bevölkerung jedoch ist, zeigt ein Blick auf die aktuelle politische Agenda. Aus Sicht der Bevölkerung sollte die Regierung derzeit vor allem dafür sorgen, die Wirtschaft zu stärken, die Renten zu sichern, die Inflation zu bekämpfen und für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Daneben hält es die große Mehrheit für besonders dringlich:

- die Zuwanderung nach Deutschland zu begrenzen,
- das Gesundheitssystem zu stärken,
- Bürokratie abzubauen,
- die Energieversorgung in Deutschland zu sichern,
- die Beitragssätze zur Kranken- und Pflegeversicherung stabil zu halten und
- die Kriminalität zu bekämpfen.

Bei all diesen politischen Forderungen halten es jeweils zwei Drittel bis drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger für besonders dringlich, dass sich die Regierung um diese Themen kümmert. Eine Mehrheit der Bevölkerung fordert von der aktuellen Regierung zudem, die steuerlichen Belastungen zu senken, für eine gute Qualität von Schulen und Hochschulen zu sorgen, die Verkehrsinfrastruktur zu sanieren und auszubauen sowie das Bürgergeld zu reformieren.

Abbildung 3: Worum sollte sich die Regierung besonders kümmern?

Frage: „Hier auf der Liste stehen verschiedene politische Ziele. Welche halten Sie für besonders dringlich, worum sollte sich die Regierung besonders kümmern?“

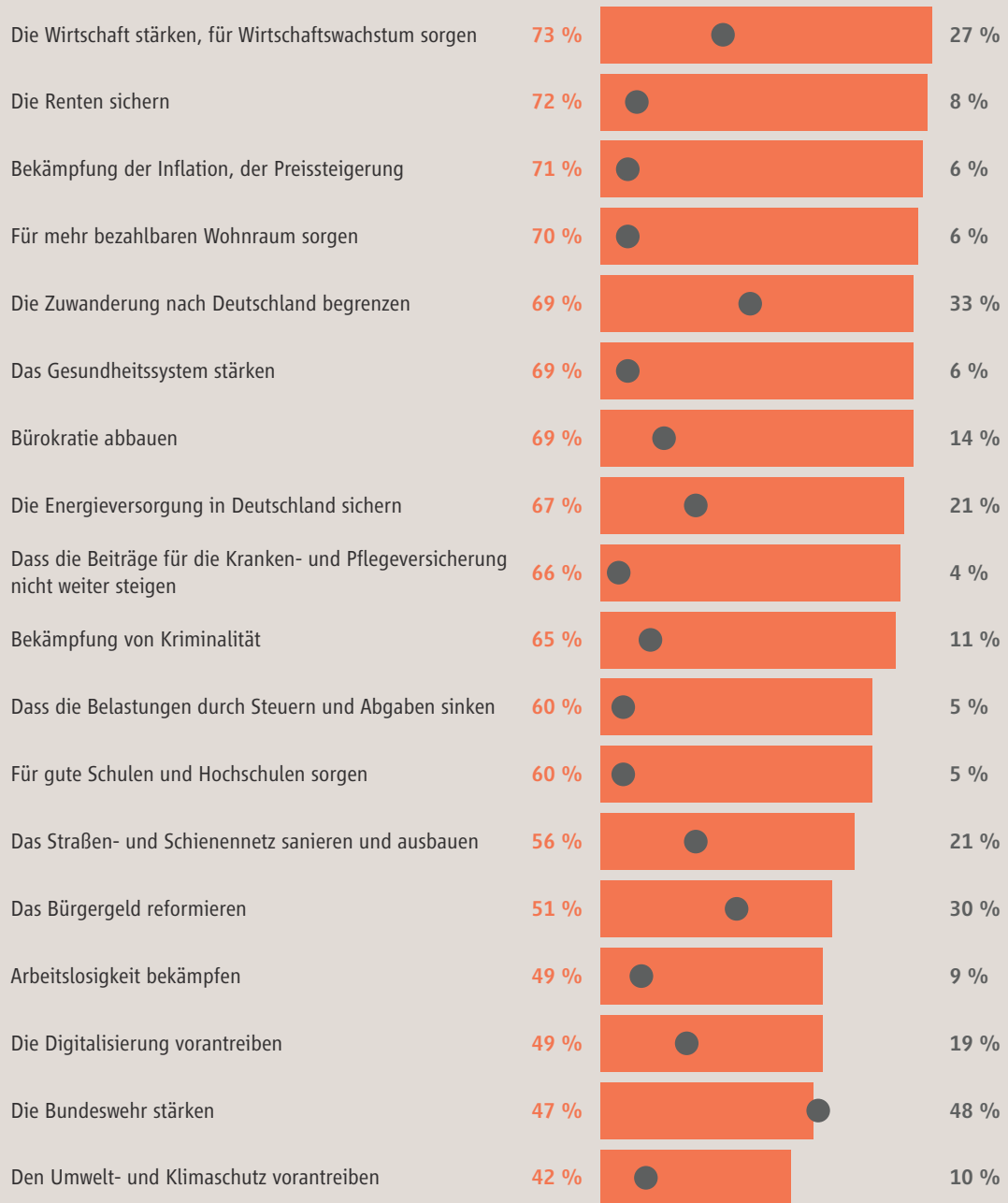


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13009.

Aufschluss, wie wenig die Bevölkerung von der neuen Regierung erwartet, gibt der Vergleich der politischen Agenda mit den Punkten, bei denen die Bevölkerung der neuen Regierung zutraut, Fortschritte zu erzielen: Lediglich bei einem Punkt, nämlich dem Ziel, die Bundeswehr zu stärken, liegt der Anteil derjenigen, die der Regierung zutrauen, hier Fortschritte

zu erreichen, mit 48 Prozent in etwa gleichauf mit dem Anteil derer, die dies für besonders dringlich halten (47 Prozent).

Abbildung 4: Politische Ziele: Wunsch und Zutrauen zur neuen Regierung



■ Das ist besonders dringlich, darum sollte sich die Regierung besonders kümmern.

● Da traue ich der Regierung zu, dass es da Fortschritte geben wird.

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13009.

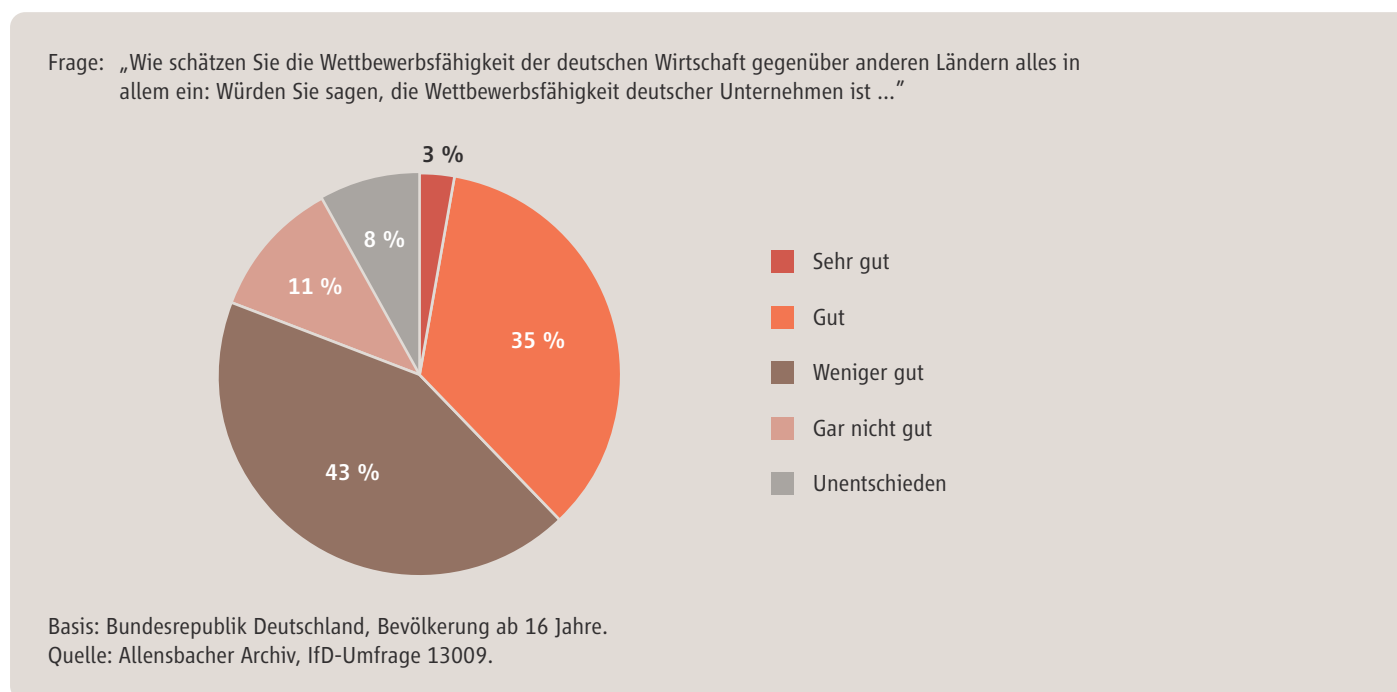
Bei allen anderen Punkten ist der Anteil derjenigen, die der Regierung hier jeweils Erfolge zutrauen, deutlich kleiner als die Zahl derer, die das politische Ziel für dringlich erachten – teilweise ist die Diskrepanz eklatant. So halten es 71 Prozent der Bevölkerung für besonders wichtig, dass die Inflation bekämpft wird, 70 Prozent, dass die Regierung für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgt und 69 Prozent, dass das Gesundheitssystem gestärkt wird, aber nur jeweils 6 Prozent trauen der Regierung zu, in einem dieser Bereiche Fortschritte zu erzielen. Ähnlich groß sind die Differenzen zwischen Wunsch und Zutrauen bei den politischen Zielen, die Renten zu sichern, sowie dafür zu sorgen, dass die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung stabil bleiben, die Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und Abgaben zu entlasten und die Qualität der Schulen und Hochschulen sicherzustellen.

Das Zutrauen in die neue Regierung war – wie Umfragen des Allensbacher Instituts zeigen – von Beginn an relativ niedrig. Die Enttäuschung hatte bereits eingesetzt, bevor die neue Regierung ihre Amtsgeschäfte aufgenommen hatte. Allerdings gibt es derzeit keine Anzeichen, dass es die Bundesregierung schafft, Vorbehalte abzubauen und der Bevölkerung Zutrauen zu vermitteln, dass sie in der Lage ist, die Zukunftsprobleme unseres Landes zu bewältigen.

B. Zweifel an der Wettbewerbsfähigkeit

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft galt über viele Jahrzehnte als eine der besonderen Stärken des Landes. Im Jahr 2015 bezeichneten 82 Prozent der Bevölkerung die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen als eine der besonderen Stärken Deutschlands, 2019 waren es noch 74 Prozent, 2023 65 Prozent, zuletzt nur noch 46 Prozent. Auch das Vertrauen, dass Deutschland seine starke wirtschaftliche Position verteidigen kann, ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Die Überzeugung, dass Deutschland auch in 10, 15 Jahren weltweit zu den führenden Wirtschaftsnationen gehören wird, ist seit zwei, drei Jahren steil zurückgegangen. Entsprechend skeptisch blickt die Bevölkerung auf die derzeitige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft: Gut jeder Zweite hält die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen für weniger (43 Prozent) oder gar nicht gut (11 Prozent); lediglich 38 Prozent ziehen eine positive Bilanz.

Abbildung 5: Zweifel an der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft



Der großen Mehrheit der Bevölkerung ist durchaus bewusst, dass die Verteidigung der starken Position der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb erhebliche Anstrengungen erfordert. Entscheidend sind aus der Sicht der Bevölkerung hier vor allem die Ausbildung einer ausreichenden Zahl von Fachkräften, der Bürokratieabbau, die Sicherung guter Standortbedingungen, ein hervorragendes Bildungssystem sowie die Förderung von Forschung und Innovationen. An der Spitze der Agenda für die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit steht die Ausbildung einer ausreichenden Zahl von Fachkräften: 86 Prozent der Bevölkerung halten es für besonders wichtig, dass in Deutschland eine ausreichende Zahl

von Fachkräften ausgebildet wird. Die Bürgerinnen und Bürger differenzieren hier erheblich zwischen der Ausbildung von Fachkräften im Inland und der Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland: Während die überwältigende Mehrheit es für vordringlich hält, die Zahl inländischer Fachkräfte zu erhöhen, halten es nur 37 Prozent für besonders wichtig, qualifizierte Fachkräfte auch aus dem Ausland zu holen.

Abbildung 6: *Agenda für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit*

Frage: „Was meinen Sie, was muss Deutschland tun, um im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Ländern in Zukunft bestehen zu können? Welche der hier genannten Maßnahmen müssen Ihrer Meinung nach vor allem ergriffen werden?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13009.

Auch zwischen der Förderung von Forschung und Innovationen einerseits und der Forcierung der Digitalisierung andererseits gibt es eine deutliche Abstufung: Während knapp drei Viertel der Bevölkerung es für vordringlich halten, Forschung und neue Technologien stärker zu fördern, messen nur 57 Prozent der Forcierung der Digitalisierung der Wirtschaft dieselbe Dringlichkeit zu.

Interessant ist die Haltung zu protektionistischen Maßnahmen. Den Schutz deutscher Unternehmen vor Übernahmen aus dem Ausland hält die überwältigende Mehrheit für wichtig, nicht jedoch die Abschottung der Märkte: 64 Prozent befürworten einen Schutz deutscher Unternehmen vor Übernahmen aus dem Ausland, dagegen nur 30 Prozent die Begrenzung oder Verteuerung von Einfuhren ausländischer Produkte. Nicht zuletzt die amerikanische Zollpolitik unter Präsident Trump hat der deutschen Bevölkerung vor Augen geführt, wie sehr die Exportnation Deutschland von freien Märkten und möglichst wenig Handelsbarrieren abhängt. Gleichzeitig halten es jedoch nur 38 Prozent für besonders wichtig, sich für den Abbau von Handelsschranken einzusetzen.

Abbildung 7: Ohne staatliche Eingriffe läuft die Wirtschaft besser

Frage: „Hier unterhalten sich zwei darüber, wie sehr der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der/die Obere oder der/die Untere?“

	Bevölkerung insgesamt	Beschäftigte in Familienunternehmen
„Meiner Meinung nach sollte der Staat Regeln für die Wirtschaft festlegen und sich ansonsten weitgehend aus der Wirtschaft heraushalten. Die Wirtschaft läuft besser, wenn der Staat so wenig wie möglich eingreift.“	53 %	63 %
„Das sehe ich anders. Der Staat darf sich nicht darauf beschränken, der Wirtschaft Regeln vorzugeben, sondern muss die Wirtschaft auch lenken und kontrollieren. Dann läuft die Wirtschaft auch besser.“	27 %	21 %
Unentschieden	20 %	16 %
	100 %	100 %

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13009.

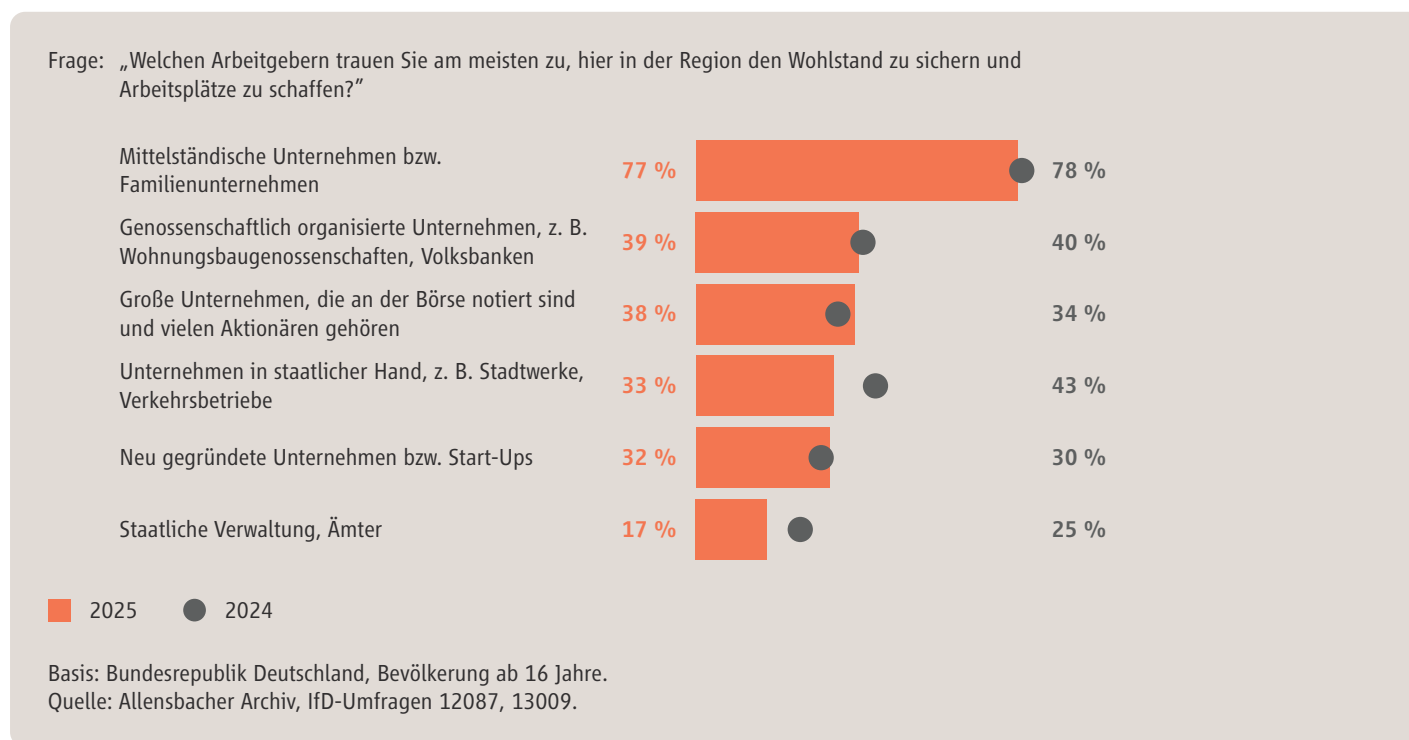
42 Prozent der Bevölkerung glauben, dass es für die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands notwendig ist, einzelne Branchen gezielt zu unterstützen, die im internationalen Wettbewerb ansonsten nicht bestehen könnten. Generelle Eingriffe des Staates in die Wirtschaft lehnt die Mehrheit der Bevölkerung jedoch ab. Gut jeder Zweite ist davon überzeugt, dass die Wirtschaft besser läuft, wenn der Staat so wenig wie möglich in die

Wirtschaft eingreift und bestenfalls Regeln für die Wirtschaft festlegt. Nur rund jeder Vierte ist vom Gegenteil überzeugt, dass der Staat die Wirtschaft lenken und kontrollieren müsse, damit diese besser läuft.

C. Nach wie vor viel Vertrauen in Familienunternehmen

Familienunternehmen genießen in der Bevölkerung nach wie vor hohes Ansehen. Dies zeigen auch die Reaktionen auf die Frage, welchen Arbeitgebern man am meisten zutraut, den Wohlstand in der eigenen Region zu sichern und Arbeitsplätze zu schaffen. Mit weitem Abstand am häufigsten nennt die Bevölkerung mittelständische Unternehmen bzw. Familienunternehmen. 77 Prozent sind überzeugt, dass es mittelständischen bzw. Familienunternehmen am besten gelingt, Wohlstand und Arbeitsplatzsicherheit in der eigenen Region zu garantieren. Erst mit großem Abstand folgen genossenschaftlich organisierte Unternehmen und große börsennotierte Unternehmen: 39 Prozent trauen genossenschaftlichen Unternehmen am meisten zu, Wohlstand und Arbeitsplätze in der Region sicherzustellen. 38 Prozent trauen dies am meisten Großunternehmen zu. Rund jeder Dritte nennt zudem Unternehmen in staatlicher Hand sowie Start-Up-Unternehmen, lediglich 17 Prozent die staatliche Verwaltung.

Abbildung 8: Wer sichert in der Region Wohlstand und Arbeitsplätze?



Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Urteil der Bevölkerung nicht wesentlich verändert: Mittelständische bzw. familiengeführte Unternehmen wurden bereits im Vorjahr von der überwältigenden Mehrheit mit weitem Abstand als die Arbeitgeber eingestuft, die am ehesten Wohlstand und Arbeitsplätze in der Region sicherstellen. Leicht gestiegen ist das Vertrauen in Großunternehmen: Im Vorjahr hielten 34 Prozent große börsennotierte Unternehmen für Garanten von Wohlstand und Arbeitsplätzen, aktuell sind es 38 Prozent. Deutlich gelitten

hat interessanterweise das Zutrauen in staatliche Arbeitgeber: Trauten vor einem Jahr noch 43 Prozent staatlichen Unternehmen und 25 Prozent der staatlichen Verwaltung zu, Arbeitsplätze und Wohlstand in der Region zu sichern, sind es aktuell nur noch 33 bzw. 17 Prozent.

Dass großen Unternehmen aktuell verstärkt zugetraut wird, Arbeitsplätze und Wohlstand in der Region zu sichern, ist bemerkenswert, weil das Bild der Unternehmen ganz allgemein im Zuge der derzeitigen wirtschaftlichen Schwächephase erheblich gelitten hat. Dies zeigen die Ergebnisse auf die Frage, was aus Sicht der Bevölkerung auf die Unternehmen in Deutschland ganz allgemein zutrifft. In nahezu allen Imagedimensionen werden Unternehmen heute kritischer bewertet als noch im Vorjahr. In weiten Teilen entspricht das derzeitige Detailurteil über Unternehmen in Deutschland dem Bild, das die Bevölkerung 2019 zu Protokoll gegeben hatte. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich vor allem der Eindruck zurückentwickelt, dass sich die deutschen Unternehmen um die Ausbildung von Fachkräften bemühen, innovativ sind, Arbeitsplätze sichern, langfristig denken, familienfreundlich sind und ihren Mitarbeitern gute Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Meinten im vergangenen Jahr noch 55 Prozent, dass die Unternehmen in Deutschland viel für den Fachkräftenachwuchs tun, sind es derzeit nur noch 36 Prozent. Im selben Zeitraum verringerte sich der Anteil derer, die mit deutschen Unternehmen Innovationen verbinden, von 35 auf 19 Prozent und der Kreis derer, die mit ihnen sichere Arbeitsplätze assoziieren, von 68 auf 50 Prozent. Interessanterweise fällt damit das Urteil der Bevölkerung über die deutschen Unternehmen im Allgemeinen und den Unternehmen in der eigenen Region deutlich unterschiedlich aus: Während den großen Unternehmen in der eigenen Region aktuell sogar eher etwas häufiger zugetraut wird, Arbeitsplätze zu sichern (Abbildung 8), ist dieses Zutrauen gegenüber den deutschen Unternehmen ganz allgemein deutlich zurückgegangen (Abbildung 9). Auch wenn die Bevölkerung die wirtschaftliche Schwächephase bereits im letzten Jahr mit großer Sorge betrachtet hat, war der Kreis, der sich persönlich bedroht fühlte, eher klein. Dies hat sich in den letzten 12 Monaten deutlich verändert. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger sorgen sich um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes und fühlen sich durch die Wirtschaftskrise persönlich bedroht.

Abbildung 9: *Das Image deutscher Unternehmen*

Frage: „Wenn Sie einmal ganz allgemein an die Unternehmen in Deutschland denken: Was trifft Ihrer Meinung nach auf die meisten Unternehmen in Deutschland zu?“

Das trifft auf <u>Unternehmen</u> in Deutschland zu –	2019	2024	2025
Sichern Arbeitsplätze in Deutschland	51 %	68 %	50 %
Versuchen um jeden Preis, ihre Gewinne zu steigern	57 %	55 %	49 %
Traditionsreich, haben eine lange Tradition	35 %	55 %	49 %
Bilden viele Fachkräfte aus, tun viel für den Fachkräftenachwuchs	40 %	55 %	36 %
Der Mensch gilt wenig, es geht nur ums Geld	41 %	34 %	34 %
Sind gut geführt	31 %	39 %	29 %
Achten nur wenig auf Geschlechtergerechtigkeit, auf gleiche Chancen für Männer und Frauen	–	33 %	28 %
Sind nicht gut für die Zukunft aufgestellt	16 %	23 %	28 %
Sind oft etwas altmodisch	20 %	28 %	27 %
Denken langfristig	24 %	38 %	26 %
Bieten gute Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten	22 %	37 %	25 %
Übernehmen Verantwortung in der Gesellschaft	25 %	34 %	24 %
Gehen fair und verantwortungsbewusst mit ihren Mitarbeitern um	13 %	26 %	20 %
Innovativ, entwickeln ständig Neues	23 %	35 %	19 %
Tragen zur Ungleichheit in der Gesellschaft bei	–	15 %	16 %
Bieten ihren Mitarbeitern attraktive Verdienst- und Beteiligungsmöglichkeiten	10 %	23 %	15 %
Sind familienfreundlich, sind um eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf bemüht	10 %	26 %	14 %
Legen Wert auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit	–	21 %	12 %
Beziehen bei vielen Entscheidungen, die das Unternehmen betreffen, die Mitarbeiter mit ein	6 %	13 %	11 %

– = 2019 nicht erhoben

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12008, 12087 und 13009.

Dies hat jedoch fast ausschließlich Auswirkungen auf das Bild der Bevölkerung von den Unternehmen in Deutschland ganz allgemein, weit weniger auf das Urteil über Familienunternehmen. Verglichen mit den Unternehmen ganz allgemein erweist sich das Meinungsbild über Familienunternehmen als bemerkenswert stabil.¹ Nach wie vor stehen Familienunternehmen aus Sicht der Mehrheit der Bevölkerung vor allem für Arbeitsplatzsicherheit, für lange Tradition, für langfristiges Denken, die Ausbildung von Fachkräften sowie für den Eindruck, dass sie gut geführt sind. 71 Prozent sind überzeugt, dass Familienunternehmen Arbeitsplätze in Deutschland sichern, zwei Drittel, dass Familienunternehmen eine lange Tradition haben und mehr als jeder Zweite, dass sie langfristig denken, gut geführt sind und sich um die Ausbildung des Fachkräftenachwuchs bemühen. Darüber hinaus meint knapp jeder Zweite, dass Familienunternehmen Verantwortung in der Gesellschaft übernehmen, 42 Prozent, dass sie fair und verantwortungsbewusst mit ihren Mitarbeitern umgehen und ebenso viele, dass sie familienfreundlich sind.

Erst weit hinter diesen positiven rangieren die ersten negativen Zuschreibungen. So finden 27 Prozent, dass Familienunternehmen oft etwas altmodisch sind und 20 Prozent, dass Familienunternehmen um jeden Preis versuchen, ihre Gewinne zu steigern. Alle anderen negativen Aussagen werden nur von Minderheiten geteilt. So haben nur 10 Prozent den Eindruck, dass Familienunternehmen nicht gut für die Zukunft aufgestellt sind, 6 Prozent, dass es ihnen nur um das Geld, nicht aber um den Menschen geht, und gerade einmal 4 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Familienunternehmen zur Ungleichheit in der Gesellschaft beitragen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem der Eindruck, dass Familienunternehmen um jeden Preis versuchen, ihre Gewinne zu steigern, deutlich von 30 auf 20 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig werden Familienunternehmen aktuell häufiger mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie damit in Verbindung gebracht, dass sie ihre Mitarbeiter eng in viele Entscheidungen einbinden. Umgekehrt werden Familienunternehmen heute weniger ausgeprägt mit einer langen Tradition, Innovationskraft, langfristigem Denken sowie mit den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz assoziiert.

1. Um das Meinungsbild der Bevölkerung zu Unternehmen ganz allgemein sowie zu den Familienunternehmen jeweils unbeeinflusst voneinander zu ermitteln, wurden beide Fragen in jeweils repräsentativen Halbgruppen erhoben; d. h. die eine Hälfte der Befragten wurden gebeten, ihr Urteil über Unternehmen ganz allgemein abzugeben, die andere Hälfte der Befragten wurde ausschließlich zu den Familienunternehmen gefragt.

Abbildung 10: *Das Image deutscher Familienunternehmen*

Frage: „Wenn Sie einmal ganz allgemein an Familienunternehmen in Deutschland denken, also an Unternehmen, die hauptsächlich einer Familie gehören oder von Angehörigen einer Familie geleitet werden: Was trifft Ihrer Meinung nach auf die meisten deutschen Familienunternehmen zu?“

Das trifft auf Familienunternehmen zu –	2019	2024	2025
Sichern Arbeitsplätze in Deutschland	60 %	69 %	71 %
Traditionsreich, haben eine lange Tradition	62 %	75 %	67 %
Denken langfristig	49 %	58 %	54 %
Bilden viele Fachkräfte aus, tun viel für den Fachkräftenachwuchs	49 %	56 %	53 %
Sind gut geführt	51 %	55 %	52 %
Übernehmen Verantwortung in der Gesellschaft	44 %	49 %	47 %
Gehen fair und verantwortungsbewusst mit ihren Mitarbeitern um	42 %	43 %	42 %
Sind familienfreundlich, sind um eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf bemüht	37 %	37 %	42 %
Beziehen bei vielen Entscheidungen, die das Unternehmen betreffen, die Mitarbeiter mit ein	25 %	27 %	31 %
Bieten gute Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten	17 %	27 %	28 %
Sind oft etwas altmodisch	27 %	28 %	27 %
Versuchen um jeden Preis, ihre Gewinne zu steigern	18 %	30 %	20 %
Bieten ihren Mitarbeitern attraktive Verdienst- und Beteiligungsmöglichkeiten	12 %	19 %	18 %
Innovativ, entwickeln ständig Neues	14 %	24 %	17 %
Legen Wert auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit	–	20 %	14 %
Achten nur wenig auf Geschlechtergerechtigkeit, auf gleiche Chancen für Männer und Frauen	–	10 %	13 %
Sind nicht gut für die Zukunft aufgestellt	7 %	10 %	10 %
Der Mensch gilt wenig, es geht nur ums Geld	7 %	9 %	6 %
Tragen zur Ungleichheit in der Gesellschaft bei	–	5 %	4 %

– = 2019 nicht erhoben

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12008, 12087 und 13009.

Der Vergleich von Familienunternehmen und Unternehmen ganz allgemein zeigt, dass sich das Urteil deutlich unterscheidet. Nahezu alle positiven Aspekte werden häufiger den Familienunternehmen zugeordnet, während umgekehrt alle negativen Aussagen häufiger mit den Unternehmen ganz allgemein in Verbindung gebracht werden. Dies gilt ganz besonders ausgeprägt für alle Aspekte, die die Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern wie auch gegenüber der Gesellschaft betreffen; zudem aber auch für das langfristige Denken sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen. So halten nur 14 Prozent Unternehmen im Allgemeinen für familienfreundlich, Familienunternehmen hingegen 42 Prozent. Langfristiges Denken verbinden 26 Prozent mit Unternehmen im Allgemeinen, aber 54 Prozent mit Familienunternehmen. Dass Familienunternehmen gut geführt sind, meinen 52 Prozent, dass dies auch auf Unternehmen ganz allgemein zutrifft, nur 29 Prozent. Dass Familienunternehmen Verantwortung in der Gesellschaft übernehmen, sehen 47 Prozent als gegeben an, dass sie fair und verantwortungsbewusst mit ihren Mitarbeitern umgehen, 42 Prozent; den Eindruck, dass dies auch auf Unternehmen im Allgemeinen zutrifft, teilen lediglich 24 bzw. 20 Prozent der Bevölkerung. Die Sicherheit von Arbeitsplätzen assoziieren 71 Prozent mit Familienunternehmen, 50 Prozent mit Unternehmen im Allgemeinen. Lediglich bei der Innovationskraft und der Beachtung von Nachhaltigkeits- und Klimaschutzaspekten fällt das Urteil der Bevölkerung gegenüber Unternehmen im Allgemeinen und Familienunternehmen nahezu gleich aus.

Auffällig groß sind auch die Unterschiede bei den negativen Aussagen. Nahezu alle negativen Aussagen bringt die Bevölkerung sehr viel seltener mit Familienunternehmen in Verbindung als mit Unternehmen im Allgemeinen: Während 49 Prozent der Bevölkerung meinen, dass Unternehmen ganz allgemein versuchen, um jeden Preis ihre Gewinne zu steigern, stimmen dieser Aussage nur 20 Prozent in Bezug auf Familienunternehmen zu. Und während 34 Prozent der Auffassung sind, dass in deutschen Unternehmen ganz allgemein der Mensch nur wenig gilt, glauben nur 6 Prozent, dass dies auf Familienunternehmen zutrifft. Lediglich die Einschätzung, etwas altmodisch zu sein, wird gleich oft mit Familienunternehmen wie auch mit Unternehmen im Allgemeinen in Verbindung gebracht.

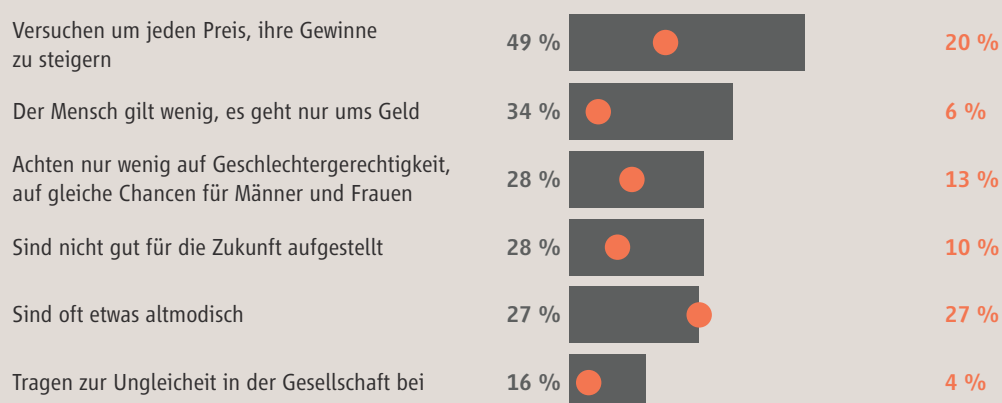
Abbildung 11: Das Bild von Familienunternehmen und Unternehmen im Vergleich

Das trifft zu auf –

(Eher) positive Aussagen



(Eher) negative Aussagen



■ Unternehmen allgemein ● Familienunternehmen

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13009.

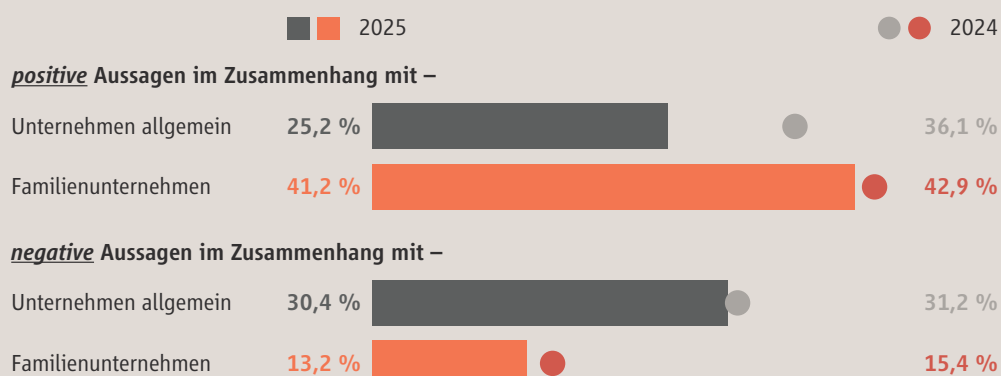
Wie sehr sich die Bewertung der Familienunternehmen von denen der Unternehmen in Deutschland ganz allgemein unterscheidet, zeigt sich, wenn man den Durchschnittswert aller positiven und negativen Aussagen gegenüberstellt. Zählt man jeweils alle positiven Aussagen und alle negativen Aussagen zusammen und teilt sie durch die jeweilige Anzahl positiver und negativer Aussagen, dann werden die positiven Aussagen im Durchschnitt von 25 Prozent der Bevölkerung den Unternehmen ganz allgemein zugeordnet, den Familienunternehmen hingegen von 41 Prozent. Genauso weit fallen die durchschnittlichen negativen Bewertungen auseinander: So werden die negativen Aussagen von durchschnittlich 30 Prozent der Bevölkerung mit Unternehmen ganz allgemein in Verbindung gebracht, aber nur von 13 Prozent mit den Familienunternehmen.

Der Trendvergleich zeigt besonders große Veränderungen bei den positiven Zuschreibungen für Unternehmen im Allgemeinen: Hier verringerte sich der Durchschnittswert von 36 auf 25 Prozent. Der durchschnittliche Anteil negativer Aussagen blieb hingegen mit aktuell 30 Prozent nahezu unverändert zum Vorjahr, als der Durchschnitt bei 31 Prozent lag. Eine vergleichbare Entwicklung gab es bei den Familienunternehmen nicht: Bei ihnen sind die durchschnittlichen positiven wie negativen Aussagen im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert geblieben. So verringerte sich der durchschnittliche Prozentwert, der bei den Familienunternehmen auf die positiven Aussagen entfiel, nur geringfügig von 43 auf 41 Prozent, der Anteil der negativen Aussagen von 15 auf 13 Prozent.

Abbildung 12: Deutlich positiveres Gesamtbild der Familienunternehmen

Frage: „Wenn Sie einmal ganz allgemein an die Unternehmen/Familienunternehmen in Deutschland denken. Was trifft Ihrer Meinung nach auf die meisten Unternehmen in Deutschland/deutschen Familienunternehmen zu?“

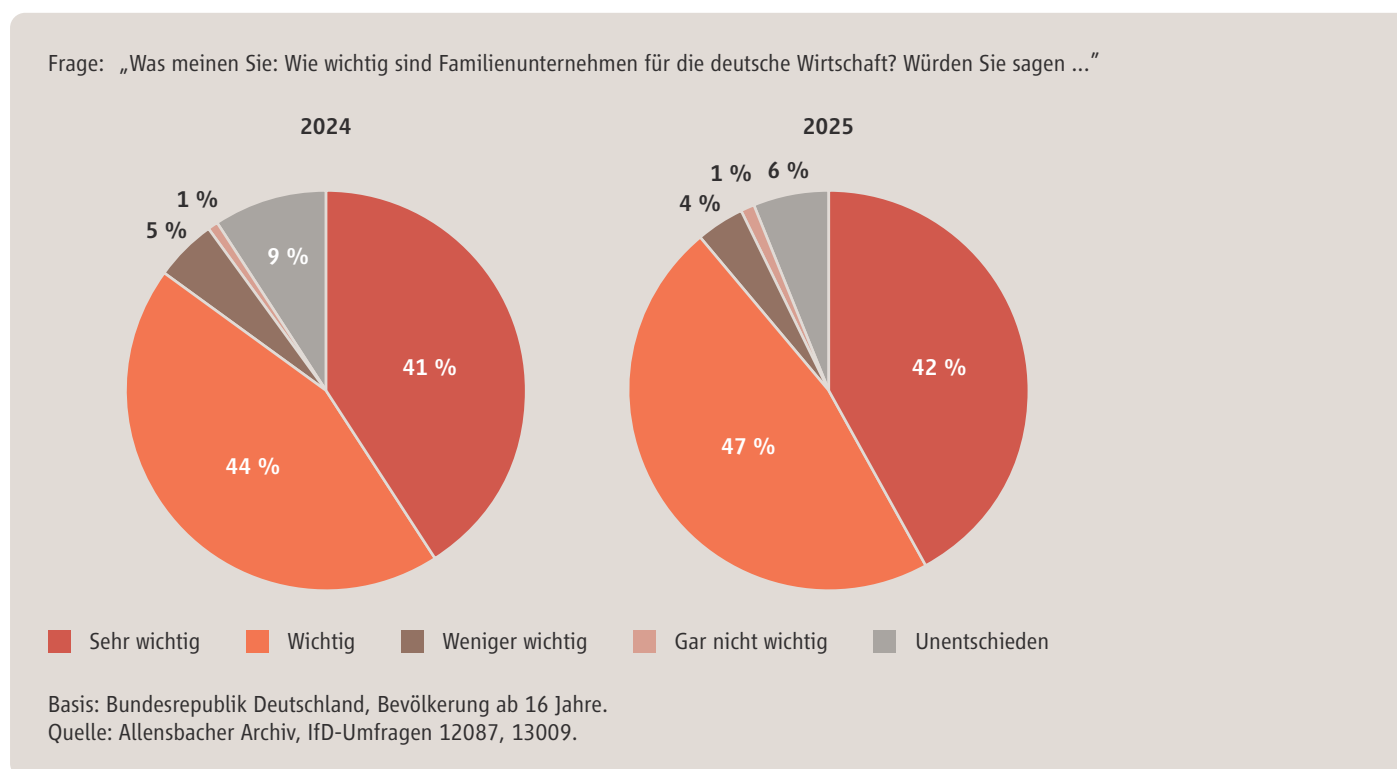
Durchschnittlicher Prozentwert, der entfiel auf (eher) –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12087, 13009.

Nach wie vor hat die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung auch keinerlei Zweifel, dass Familienunternehmen eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft sind: Insgesamt meinen 89 Prozent, dass Familienunternehmen für die deutsche Wirtschaft wichtig oder sogar sehr wichtig sind: 42 Prozent messen den Familienunternehmen eine außerordentlich große Bedeutung bei, 47 Prozent eine große. Lediglich 5 Prozent der Bevölkerung halten Familienunternehmen für weniger oder gar nicht wichtig für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Im Vorjahr gaben 85 Prozent der Bevölkerung ein positives Votum ab.

Abbildung 13: Unverändert keine Zweifel an der hohen Bedeutung von Familienunternehmen



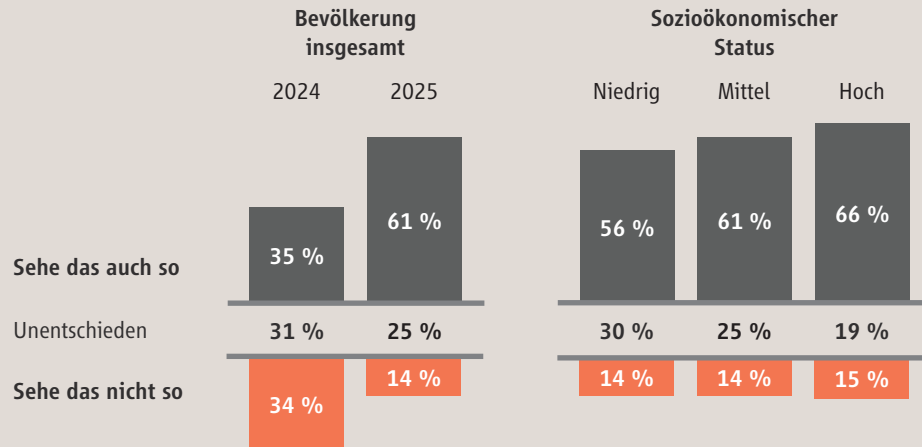
Eine bemerkenswerte Veränderung im Meinungsbild gab es bei der Frage, inwieweit Familienunternehmen steuerlich stärker entlastet werden sollten. Vor einem Jahr stimmten lediglich 35 Prozent der Aussage zu, dass Familienunternehmen für Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland sorgen und deshalb nicht durch höhere Steuern belastet werden sollten, ebenso viele widersprachen. Aktuell unterstützen 61 Prozent die Forderung, Familienunternehmen von einer höheren Besteuerung zu entlasten, weil sie einen wichtigen Beitrag für Wohlstand und Arbeitsplätze im Land leisten. Nur noch 14 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt.

Die Überzeugung, dass Familienunternehmen nicht durch höhere Steuern belastet werden sollten, wird mehrheitlich von den Angehörigen aller sozialen Schichten geteilt, überdurchschnittlich von den höheren Sozialschichten.

Abbildung 14: Das Meinungsbild zur Besteuerung von Familienunternehmen hat sich gravierend verändert

Frage: „Wenn jemand sagt: ‚Familienunternehmer sorgen für Wohlstand und Arbeitsplätze in unserem Land und sollten nicht durch höhere Steuern belastet werden.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?“

„Familienunternehmer sollten nicht durch höhere Steuern belastet werden“



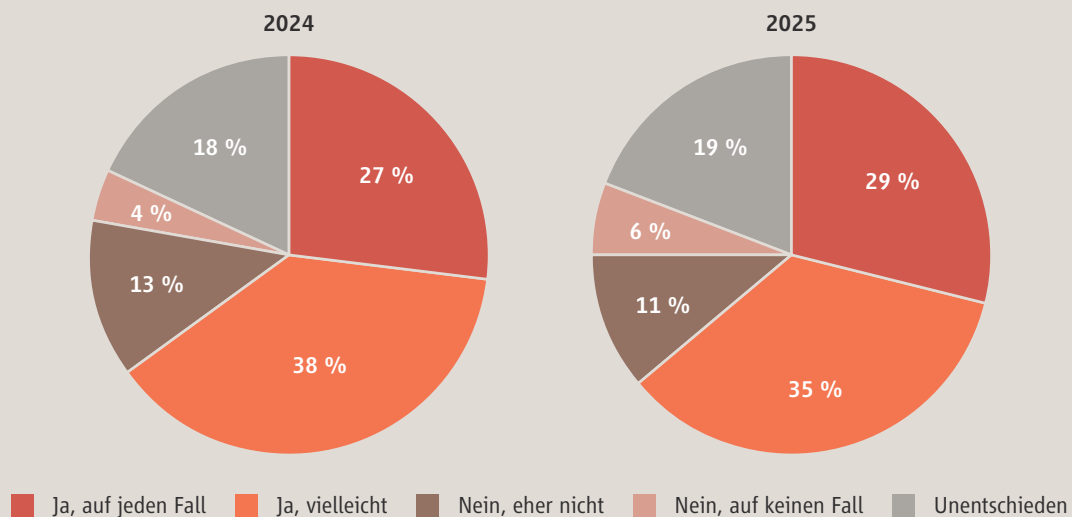
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre.
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12087, 13009.

Ein positives Image wirkt sich in aller Regel auch positiv auf das Urteil über die Attraktivität als Arbeitgeber aus. Dies bestätigen auch die aktuellen Untersuchungsergebnisse. Nach wie vor kann sich eine Mehrheit der Berufstätigen vorstellen, in einem Familienunternehmen zu arbeiten: 29 Prozent der Berufstätigen könnten sich dies auf jeden Fall vorstellen, weitere 35 Prozent vielleicht. Dies sind nahezu genauso viele wie im Vorjahr, als für 27 Prozent der Berufstätigen eine Beschäftigung in einem Familienunternehmen auf jeden Fall, für weitere 38 Prozent vielleicht in Frage kam. Ausschließen würden dies aktuell nur insgesamt 17 Prozent der Berufstätigen – nur 6 Prozent davon kategorisch.

Abbildung 15: Konstant hohes Interesse von abhängig Beschäftigten, in einem Familienunternehmen zu arbeiten

Frage an Berufstätige, die in keinem Familienunternehmen tätig sind:

„Könnten Sie sich grundsätzlich vorstellen, in einem Familienunternehmen zu arbeiten?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Berufstätige (ohne Selbständige, Freiberufliche und Beamte), die in keinem Familienunternehmen tätig sind.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12087, 13009.

D. Fazit

Die Untersuchung zeigt ein klares Stimmungsbild: Deutschland befindet sich in einer Phase tiefer politischer und wirtschaftlicher Verunsicherung. Der neuen Bundesregierung bringt die Bevölkerung nur wenig Vertrauen entgegen. Selbst bei zentralen Zukunftsfragen wie wirtschaftlicher Stabilität, bezahlbarem Wohnraum oder der Sicherung der Sozial- und Gesundheitssysteme traut ihr nur eine Minderheit sichtbare Fortschritte zu. Gleichzeitig wächst das Gefühl persönlicher Betroffenheit durch die Wirtschaftskrise und auch das Vertrauen in die Wettbewerbsfähigkeit des Landes schwindet derzeit.

Die Erwartungen an die Politik sind entsprechend hoch: Bürokratieabbau, verlässliche Standortbedingungen, eine starke Bildungslandschaft und die Förderung von Forschung, Innovation und Fachkräften stehen weit oben auf der Agenda. Die Bevölkerung sieht deutlich, dass entschlossenes Handeln notwendig wäre, um Deutschlands Position im internationalen Wettbewerb zu sichern.

Auffallend stabil bleibt dagegen das Vertrauen in Familienunternehmen. Sie werden weiterhin als verlässliche Garanten für Arbeitsplätze, regionale Verwurzelung und langfristiges Denken wahrgenommen. Ihr positives Bild hebt sich klar vom Urteil über Unternehmen im Allgemeinen ab – insbesondere in Bereichen wie Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Mitarbeitern und der Gesellschaft, langfristigem Denken sowie Sicherung von Arbeitsplätzen. Das wachsende Vertrauen zeigt sich auch politisch: Eine deutliche Mehrheit spricht sich dafür aus, Familienunternehmen steuerlich nicht stärker zu belasten, da sie als tragende Säule für Wohlstand und Arbeitsplätze gelten.

Insgesamt wird deutlich: Während die politische und wirtschaftliche Lage derzeit überwiegend kritisch gesehen werden, bleibt die Wertschätzung für den Mittelstand und die Familienunternehmen hoch. Diese gelten weiterhin als tragende Säulen der deutschen Wirtschaft, mit einem positiven und stabilen Image in der Öffentlichkeit.

E. Anhang

I. Untersuchungsdaten

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die westlichen und die östlichen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	401	127	528	Personen
B	390	126	516	Personen
Insgesamt	791	253	1044	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl
Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich westlicher und östlicher Bundesländer und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 311 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte und geschulte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 26. September bis 10. Oktober 2025 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 13009

II. Statistik der befragten Personengruppe

STATISTIK der in der Umfrage 13009 befragten Personengruppe (deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Sept./Okt. 2025			Amtliche Statistik*
	Insgesamt	Halbgruppe		
		A	B	
	%	%	%	%
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. Westberlin	82	82	82	82
Östl. Länder einschl. Ostberlin	<u>18</u>	<u>18</u>	<u>18</u>	<u>18</u>
	100	100	100	100
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	16	16	16	16
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	8	8	8	8
Sachsen und Thüringen	<u>8</u>	<u>8</u>	<u>8</u>	<u>8</u>
	100	100	100	100
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	28	28	28	28
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	27	27	27	27
100.000 und mehr Einwohner	<u>30</u>	<u>30</u>	<u>30</u>	<u>30</u>
	100	100	100	100
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	<u>51</u>	<u>51</u>	<u>51</u>	<u>51</u>
	100	100	100	100
<u>ALTER</u>				
16-29 Jahre	17	17	17	17
30-44 Jahre	21	21	21	21
45-59 Jahre	24	24	24	24
60 Jahre und älter	<u>38</u>	<u>38</u>	<u>38</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100

* Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
nach Daten der amtlichen Statistik. Quelle: Mikrozensus 2024 (Erstergebnisse)

STATISTIK
der in der Umfrage 13009 befragten Personengruppe (deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Sept./Okt. 2025			Amtliche Statistik*
	Insgesamt	Halbgruppe		
	%	A %	B %	%
<u>BERUESTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen				
(Berufstätige und Arbeitslose)	62	63	61	62
Nichterwerbspersonen	38	37	39	38
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>BERUFESKREISE**</u>				
Arbeiter	9	10	9	9
Angestellte	44	44	43	44
Beamte	4	4	4	4
Selbständige und freiberuflich Tätige	5	5	5	5
Nichterwerbspersonen	38	37	39	38
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	49	49	49	49
- Männer	25	25	25	25
- Frauen	24	24	24	24
Ledig	33	33	33	33
Verwitwet	8	8	8	8
Geschieden/getrennt lebend	10	10	10	10
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	25	25	25	25
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	16	16	16	16
- 4 und mehr Personen	19	19	19	19
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

* Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik Quelle: Mikrozensus 2024 (Erstergebnisse)

** für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

III. Fragebogenauszug mit Anlagen

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 13009
Oktober 2025

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die zutreffenden Antworten ankreuzen.
Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu anderen Themen:

1. "Wie bewerten Sie den Start der neuen Bundesregierung:
Welche Schulnote von 1, sehr gut, bis 6, ungenügend, würden Sie ihr bislang geben?"
(Genannte Stufe ankreuzen!)

1 2 3 4 5 6
☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐

UNENTSCHIEDEN ☐ 0

2. a) INTERVIEWER überreicht **gelbe** Liste 1 und überlässt sie dem/der Befragten bis einschließlich Frage 2 b) !
t "Hier auf der Liste stehen verschiedene politische Ziele. Welche halten Sie für besonders dringlich,
worum sollte sich die Regierung besonders kümmern?" (Alles Genannte ankreuzen!)

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
11 12 13 14 15 16 17 18
☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐

NICHTS DAVON ☐ 0

- b) "Und bei welchen Punkten trauen Sie der Regierung zu, dass es da Fortschritte geben wird?"
(Wieder nach **gelber** Liste 1 ! – Alles Genannte ankreuzen!)

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
11 12 13 14 15 16 17 18
☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐

BEI NICHTS DAVON ☐ 0

An späterer Stelle im Interview:

3. "Zur Wirtschaft:
Wie schätzen Sie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen
Wirtschaft gegenüber anderen Ländern alles in allem ein:
Würden Sie sagen, die Wettbewerbsfähigkeit deutscher
Unternehmen ist ..."
- "sehr gut" ☐ 1
"gut" ☐ 2
"weniger gut" ☐ 3
"gar nicht gut" ☐ 4
UNENTSCHIEDEN ☐ 5

4. INTERVIEWER überreicht **gelbe** Liste 2 !

- t "Was meinen Sie, was muss Deutschland tun, um im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen
Ländern in Zukunft bestehen zu können? Welche der hier genannten Maßnahmen müssen Ihrer
Meinung nach vor allem ergriffen werden?" (Alles Genannte ankreuzen!)

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
11 12 13 14 15 16 17
☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐

NICHTS DAVON ☐ 0

5. INTERVIEWER überreicht **grünes** Bildblatt 3 so, dass bei Männern das große **M** und
T bei Frauen das große **F** oben liegt !
- "Hier unterhalten sich zwei darüber, wie sehr der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der/die Obere oder der/die Untere?"
- DER/DIE OBERE..... ☐ 1
DER/DIE UNTERE ☐ 2
UNENTSCHIEDEN..... ☐ 3

6. INTERVIEWER überreicht **rosa** Liste 4 !
T "Welchen Arbeitgebern trauen Sie am meisten zu, hier in der Region den Wohlstand zu sichern und Arbeitsplätze zu schaffen?" (Alles Genannte ankreuzen!)
- | | | | | | | |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | |
| ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | |
- ANDEREN, und zwar:..... ☐ 8
UNMÖGLICH ZU SAGEN..... ☐ 9

In der repräsentativen Halbgruppe A:

- Z INTERVIEWER überreicht **weiße** Liste 5 !
T "Wenn Sie einmal ganz allgemein an die Unternehmen in Deutschland denken: Was trifft Ihrer Meinung nach auf die meisten Unternehmen in Deutschland zu? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste." (Alles Genannte ankreuzen!)
- | | | | | | | | | | |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
| ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 |
| | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
- NICHTS DAVON..... ☐ 0
UNMÖGLICH ZU SAGEN..... ☐ Y

In der repräsentativen Halbgruppe B:

- Z INTERVIEWER überreicht **weiße** Liste 5 !
T "Wenn Sie einmal ganz allgemein an Familienunternehmen in Deutschland denken, also an Unternehmen, die hauptsächlich einer Familie gehören oder von Angehörigen einer Familie geleitet werden: Was trifft Ihrer Meinung nach auf die meisten deutschen Familienunternehmen zu? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste." (Alles Genannte ankreuzen!)
- | | | | | | | | | | |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
| ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 |
| | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
- NICHTS DAVON..... ☐ 0
UNMÖGLICH ZU SAGEN..... ☐ Y

8. "Was meinen Sie:
T Wie wichtig sind Familienunternehmen für die deutsche Wirtschaft? Würden Sie sagen..."
- "sehr wichtig"..... ☐ 1
"wichtig"..... ☐ 2
"weniger wichtig"..... ☐ 3
"gar nicht wichtig"..... ☐ 4
UNENTSCHIEDEN..... ☐ 5

9.	"Wenn jemand sagt: 'Familienunternehmer sorgen für Wohlstand und Arbeitsplätze in unserem Land und sollten nicht durch höhere Steuern belastet werden.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"	SEHE DAS AUCH SO ☐ 1
T		SEHE DAS NICHT SO ☐ 2
		UNENTSCHIEDEN ☐ 3
10. a)	INFORMELL:	SELBSTÄNDIG, FREIBERUFLICH ☐ 1**
T	Sind Sie selbständig oder irgendwo beschäftigt als Arbeiter, Angestellter oder Beamter?	BESCHÄFTIGT ALS ARBEITER, ANGESTELLTER ☐ 2
		BEAMTER ☐ 3**
		NEIN ☐ 4**
		** Gleich übergehen zum nächsten Fragenkomplex!
b)	"Sind Sie selbst in einem Familienunternehmen tätig, also einem Unternehmen, das hauptsächlich von Angehörigen einer Familie geleitet wird oder hauptsächlich einer Familie gehört?"	JA ☐ 1
		NEIN ☐ 2*
*	"Und könnten Sie sich grundsätzlich vorstellen, in einem Familienunternehmen zu arbeiten? Würden Sie sagen..."	"ja, auf jeden Fall" ☐ 1
		"ja, vielleicht" ☐ 2
		"nein, eher nicht" ☐ 3
		"nein, auf keinen Fall" ☐ 4
		UNENTSCHIEDEN ☐ 5

L I S T E 1

- (1) Die Wirtschaft stärken, für Wirtschaftswachstum sorgen
- (2) Die Energieversorgung in Deutschland sichern
- (3) Für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen
- (4) Bekämpfung der Inflation, der Preissteigerung
- (5) Das Gesundheitssystem stärken
- (6) Die Zuwanderung nach Deutschland begrenzen
- (7) Dass die Belastungen durch Steuern und Abgaben sinken
- (8) Den Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben
- (9) Die Bundeswehr stärken
- (10) Für gute Schulen und Hochschulen sorgen
- (11) Bekämpfung von Kriminalität
- (12) Das Straßen- und Schienennetz sanieren und ausbauen
- (13) Die Renten sichern
- (14) Die Digitalisierung vorantreiben
- (15) Bürokratie abbauen
- (16) Das Bürgergeld reformieren
- (17) Dass die Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung nicht weiter steigen
- (18) Arbeitslosigkeit bekämpfen

L I S T E 2

Was muss Deutschland tun, um im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Ländern auch in Zukunft bestehen zu können?

- (1) Forschung und neue Technologien stärker fördern
- (2) Dafür sorgen, dass in Deutschland genügend Fachkräfte ausgebildet werden
- (3) Qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland holen
- (4) Dafür sorgen, dass Löhne und Gehälter nicht so stark steigen, damit die deutschen Produkte im internationalen Wettbewerb bestehen können
- (5) Die Einfuhr ausländischer Produkte nach Deutschland begrenzen oder teurer machen, z.B. durch Zölle
- (6) Deutsche Unternehmen vor Übernahmen aus dem Ausland schützen
- (7) Für gute Standortbedingungen der Unternehmen in Deutschland sorgen
- (8) Für gute Schulen und Hochschulen sorgen
- (9) Gezielte Unterstützung einzelner Wirtschaftszweige, die sonst im internationalen Wettbewerb nicht bestehen können
- (10) Die Steuern für Unternehmen senken
- (11) Anreize setzen, damit sich ausländische Unternehmen in Deutschland ansiedeln
- (12) Die Digitalisierung der Wirtschaft vorantreiben
- (13) Sich dafür einsetzen, dass Handelsschranken abgebaut werden
- (14) Bürokratie abbauen
- (15) Die Unternehmen von den Energiekosten entlasten
- (16) Die Wochenarbeitszeiten erhöhen
- (17) Das Renteneintrittsalter erhöhen

BILDBLATT 3

M

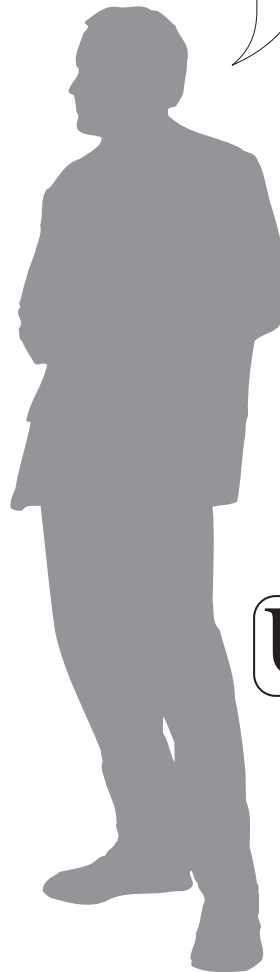
"Meiner Meinung nach sollte der Staat Regeln für die Wirtschaft festlegen und sich ansonsten weitgehend aus der Wirtschaft heraushalten. Die Wirtschaft läuft besser, wenn der Staat so wenig wie möglich eingreift."

O



"Das sehe ich anders. Der Staat darf sich nicht darauf beschränken, der Wirtschaft Regeln vorzugeben, sondern muss die Wirtschaft auch lenken und kontrollieren. Dann läuft die Wirtschaft auch besser."

U



BILDBLATT 3

F

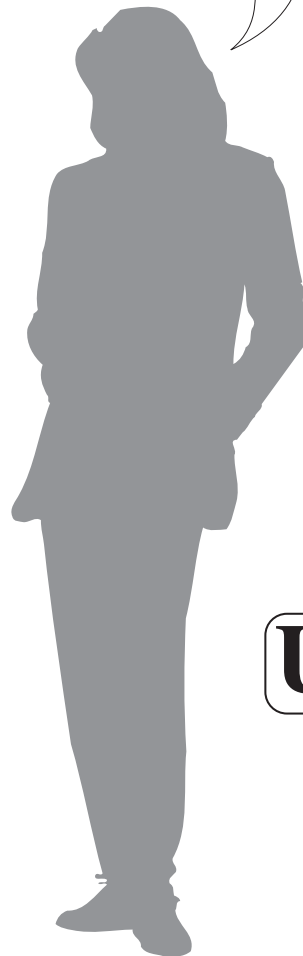
"Meiner Meinung nach sollte der Staat Regeln für die Wirtschaft festlegen und sich ansonsten weitgehend aus der Wirtschaft heraushalten. Die Wirtschaft läuft besser, wenn der Staat so wenig wie möglich eingreift."

O



"Das sehe ich anders. Der Staat darf sich nicht darauf beschränken, der Wirtschaft Regeln vorzugeben, sondern muss die Wirtschaft auch lenken und kontrollieren. Dann läuft die Wirtschaft auch besser."

U



Zu Frage 6

13009

L I S T E 4

- (1) Die staatliche Verwaltung, Ämter
- (2) Unternehmen in staatlicher Hand,
z.B. Stadtwerke, Verkehrsbetriebe
- (3) Neu gegründete Unternehmen bzw.
Start-Ups
- (4) Mittelständische Unternehmen
bzw. Familienunternehmen
- (5) Große Unternehmen, die an der
Börse notiert sind und vielen
Aktionären gehören
- (6) Genossenschaftlich organisierte
Unternehmen, z.B. Wohnungsbau-
genossenschaften, Volksbanken

Anderes bitte angeben !

L I S T E 5

- (1) Sind gut geführt
- (2) Sichern Arbeitsplätze in Deutschland
- (3) Versuchen um jeden Preis, ihre Gewinne zu steigern
- (4) Denken langfristig
- (5) Gehen fair und verantwortungsbewusst mit ihren Mitarbeitern um
- (6) Bilden viele Fachkräfte aus, tun viel für den Fachkräftenachwuchs
- (7) Beziehen bei vielen Entscheidungen, die das Unternehmen betreffen, die Mitarbeiter mit ein
- (8) Legen Wert auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit
- (9) Traditionsreich, haben eine lange Tradition
- (10) Der Mensch gilt wenig, es geht nur ums Geld
- (11) Innovativ, entwickeln ständig Neues
- (12) Sind nicht gut für die Zukunft aufgestellt
- (13) Sind oft etwas altmodisch
- (14) Tragen zur Ungleichheit in der Gesellschaft bei
- (15) Sind familienfreundlich, sind um eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf bemüht
- (16) Bieten gute Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten
- (17) Bieten ihren Mitarbeitern attraktive Verdienst- und Beteiligungsmöglichkeiten
- (18) Übernehmen Verantwortung in der Gesellschaft
- (19) Achten nur wenig auf Geschlechtergerechtigkeit, auf gleiche Chancen für Männer und Frauen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Fehlstart: Regierung erhält nur die Note ausreichend	1
Abbildung 2:	Auch die Anhänger der Regierungsparteien ziehen bislang eine eher durchschnittliche Bilanz	2
Abbildung 3:	Worum sollte sich die Regierung besonders kümmern?.....	3
Abbildung 4:	Politische Ziele: Wunsch und Zutrauen zur neuen Regierung.....	4
Abbildung 5:	Zweifel an der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.....	7
Abbildung 6:	Agenda für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.....	8
Abbildung 7:	Ohne staatliche Eingriffe läuft die Wirtschaft besser	9
Abbildung 8:	Wer sichert in der Region Wohlstand und Arbeitsplätze?	11
Abbildung 9:	Das Image deutscher <u>Unternehmen</u>	13
Abbildung 10:	Das Image deutscher <u>Familienunternehmen</u>	15
Abbildung 11:	Das Bild von Familienunternehmen und Unternehmen im Vergleich	17
Abbildung 12:	Deutlich positiveres Gesamtbild der Familienunternehmen	18
Abbildung 13:	Unverändert keine Zweifel an der hohen Bedeutung von Familienunternehmen	19
Abbildung 14:	Das Meinungsbild zur Besteuerung von Familienunternehmen hat sich gravierend verändert.....	20
Abbildung 15:	Konstant hohes Interesse von abhängig Beschäftigten, in einem Familienunternehmen zu arbeiten.....	21



Stiftung Familienunternehmen

Prinzregentenstraße 50

D-80538 München

Telefon + 49 (0) 89 / 12 76 400 02

E-Mail info@familienunternehmen.de

www.familienunternehmen.de